

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

296 (21.12.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10geripolte Millimeterweite folter 12 Dinmng. Gelegenheitsanzeigen und Stützergüsse 4 Dinmng. Die Zeitung-Millimeterweite 60 Dinmng. Bei Überholung haben nach Zeit, bei der die Nachlieferung des Zeitungspreises, bei geschäftlicher Betreibung und bei Anzeigen-Abnahme 3 Uhr vormittags nach Geschäftszeit in Karlsruhe L. B. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 3 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junge, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

30 Jahre Preis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,50 Mark, jährlich 13,50 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Größere Anzeigen nach Vereinbarung. Druckerei: Karlsruher L. B. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 3 Uhr vormittags. Druckerei: Karlsruher L. B. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 3 Uhr vormittags.

Nummer 296

Karlsruhe, Montag, den 21. Dezember 1931

51. Jahrgang

Gewaltige Pariser Friedenskundgebung

Kiefige Protestverlammlung gegen die Störung der Trocadero-Kundgebung

Paris, 19. Dez. Die französischen sozialistischen Gewerkschaften als führende Organisation des Aktionskomitees für den Frieden, das auch die französische Liga für Menschenrechte, die Radikale Partei, die Sozialistische Partei, sowie zahlreiche französische sozialistische Vereinigungen und Fraueneverbände umfaßt, veranstalteten gestern Abend eine Kundgebung, die als Protest gegen die Störung der Abrüstungskundgebung im Trocadero gedacht war. Etwa 10.000 Personen wohnten der dreistündigen Versammlung bei. Die Versammlung ist in voller Ruhe verlaufen.

Der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, Souhau, sagte in seiner Ansprache, man wolle den Frieden durch die Abrüstung.

Der als Vertreter der englischen Arbeiterpartei anwesende Abgeordnete Lansbury erklärte, die Arbeiter müßten die Regierungen zwingen, den Frieden zu achten.

Im Namen der Deutschen Friedensgesellschaft sprach Professor Laidde in deutscher Sprache. Er forderte, die Abrüstungskonferenz müsse unbedingt einen Erfolg bringen.

Reichstagsabgeordneter Gen. Grahmann, der im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Freien Gewerkschaften sprach, bezeichnete es als ein Unheil, daß man in Deutschland Frankreich als Feind hinstellt. Der Feind des Proletariats sei der Kapitalismus.

Der kriegsblinde linksbürgerliche französische Abgeordnete Thébaud beteuerte den Friedenswillen der französischen Proleten.

Schließlich erklärte der sozialistische Abgeordnete Leon Blum, die Revanche für die Störung der Trocadero-Kundgebung sei vollständig. Niemand in der Welt wisse es noch, sich offen zum Kriege zu bekennen. Niemand behaupte mehr, daß der Krieg lauter.

Professor Bitter forderte die Erfüllung des durch den Vertrag von Versailles gegebenen Abrüstungsvertrages.

Nach der Kundgebung strömten die Teilnehmer mit dem Rufe: „Es lebe der Frieden!“ auf die Straße.

Gestörte Friedenskundgebung in Toulouse

Paris, 19. Dez. (Eig. Drabth.) In Toulouse wurde eine von der dortigen Liga für Menschenrechte veranstaltete Friedenskundgebung von nationalistischen Aufwühlern gestört. Als eine deutsche Rednerin, Frau Berles aus Stuttgart, das Wort ergreifen wollte, verließen etwa 20 im Saal anwesende Royalisten sie am Sprechen zu hindern. Die übrigen Teilnehmer an der Kundgebung protestierten und gingen energisch gegen die Störung zu Werke. Die Polizei griff sofort ein und wies die Royalisten aus dem Saal. Die Versammlung konnte darauf in Ruhe beendet werden.

Laval über Reparationen und Abrüstung

Paris, 20. Dez. Auf einem Bankett zu Ehren des Luftfahrtministers hielt Ministerpräsident Laval eine außenpolitische Rede, in der er für eine, wenn auch vorläufig gebaltene, Kontin-

Die Gewerkschaften beim Preiskommissar

Berlin, 19. Dez. Der Preiskommissar für Preisüberwachung hatte heute mit Vertretern der Gewerkschaften aller Gruppen und aller Richtungen eine Besprechung, in der er Programm und Ziel seiner Arbeit entwickelte, über bisher getroffene und weiter in Aussicht genommene Maßnahmen Aufschluß gab und die Gewerkschaften ermahnte, ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf die geradezu entscheidende Bedeutung der Preisentlastung hin und erklärten sich zur Mitarbeit bereit.

Die Gewerkschaften werden ihre Unterorganisationen mit entsprechenden Reklamationen versehen. Leber die Frage der Mitarbeit werden sich die Gewerkschaften mit dem Preiskommissar dauernd in Fühlung halten.

Einschränkung bei Erhöhung von Realsteuern

Ein Ersuchen des Reichsfinanzministers

Der Reichsfinanzminister hat in einem Rundschreiben das dringende Ersuchen an die Länder gerichtet, bei Entscheidung über Anträge von Gemeinden auf Erhöhung der Realsteuern bis zum Landesdurchschnitt einen besonders strengen Maßstab anzulegen, und die Zulassung von Steuererhöhungen auf das unbedingt gebotene Maß zu beschränken. Bei Gemeinden, die schon Realsteuern von nicht unerheblicher Höhe erheben, müsse insbesondere geprüft werden, ob der Erhöhung der Realsteuern nicht die Einführung noch nicht ausgenutzter Steuern oder Erhöhung anderer vorhandener Steuern vorzuziehen sei. Sehr besonders gelte dies in den Ländern, in denen noch Landesrecht die Gemeindegrundsteuer auf die Mieter umzuliegen sei und daher wie eine Mietererhöhung wirke. In solchen Fällen könne die Genehmigung der Grundsteuererhöhung nur in ganz besonderen Ausnahmefällen in Betracht kommen.

Das Schandurteil von Graz

Am 14. Juli 1927 sprach das Wiener Schwurgericht einige Heimwehrleute aus dem Burgenland frei, die auf einen vorbeimarschierenden Arbeiterzug geschossen und nur zu gut getroffen hatten. Als dieses Urteil, das die erste Freisprechung reaktionärer Mordtaten war, am nächsten Morgen bekannt wurde, verließen Arbeiter in dem Proletarierbezirk Floridsdorf die Betriebe und marschierten zum Parlament, um ihrer Empörung Ausdruck zu geben und Sicherungen gegen derartige Urteile in Zukunft zu fordern. Aus dieser Demonstration hat sich jenes furchtbare Geschehen entwickelt, das mit über 90 Toten, Hunderten Verletzten, der Einäscherung des Justizpalastes zunächst und nachher mit zahlreichen scharfen Verurteilungen abschloß. Zwei Tage später, als der Proteststreik der Eisenbahner noch andauerte, kamen aus der Steiermark und aus Innsbruck Meldungen, daß die Heimwehr in militärischer Ausrüstung und Formation Bahnhöfe besetzt und terroristische Akte begonnen hatte, um die Eisenbahner zum Dienst zu zwingen.

In der Tat hat der Heimwehfaschismus seit jenem Voranschlag Wiener Arbeiter stark überhand genommen. Schließlich ist es ja sogar dahin gekommen, daß ein jugendlicher, hocharistokratischer Schimpfbold, der dreizehnfache Schloßbesitzer Rüdiger Starhemberg aus Oberösterreich im Jahre 1930 zum Innenminister im Kabinett des Wehrministers Baugin ernannt wurde und zugunsten der schwerbewaffneten Heimwehr die Staatsmacht auf Waffensuche in die Arbeiterheime, Konsumvereine und sozialdemokratische Sekretariate schickte. Selbst im Keller des Wiener Parteihauses wurden die Mauern durchbrochen, dem Arbeiterführerbund wurden die Scheiben zertrümmert, dem Arbeiterführerbund wurden die Scheiben zertrümmert, dem Arbeiterführerbund wurden die Scheiben zertrümmert, dem Arbeiterführerbund wurden die Scheiben zertrümmert.

Die furchtbare Wirtschaftskrise und die Hoffnung auf einen schicksalhaften Umsturz in Deutschland ließ die feierlichen Heimwehrführer an jenem Sonntag des letztverwichenen Septembers loslagern. Der Heimwehrführer Dr. Primmer ließ Proklamationen an schlagen, in denen er die Verfassung für aufgehoben, die Beamten ihres Eides entbunden und sich selbst zum Inhaber der staatlichen Macht erklärte.

Der Spuk war aber bereits zwölf Stunden später in Nichts zerfallen. Primmer flüchtete nach Südbanien, konspirierte in München mit Hakenkreuzlern und kehrte schließlich, mit falschem Bart versehen, aus Südbanien zurück, um sich dem Gerichtsverfahren zu stellen. Während man noch vor kurzem die Albanen, die das Attentat an der Wiener Oper auf den Albanerkönig Jugu verübt hatten, dem zukünftigen Schwurgericht Wien entzog, um sie vor die bürgerlichen Geschworenen des oberösterreichischen Ried zu stellen um ihrer Verurteilung sicher zu sein, hat man den Heimwehrpropheten dem Grazer Schwurgericht überlassen, obwohl sicher war, daß die Geschworenen aus dem stark ländlichen Gerichtsprengel zum großen Teil unter der ständigen Beeinflussung und dem scharfen Terror der Heimwehfaschisten stehen. Von den 34 Geschworenen, aus denen die zwölf Volkserichter für die Verhandlung auszuwählen waren, gehören nicht weniger als 14 der Heimwehr an; die ausgelassenen zwölf waren durchweg Bürger und Bauern. Die Freisprechung der Putzschisten überraschte nicht, sie war bereits angeknüpft.

Die unter Heimwehleitung stehende Gendarmerie in der Steiermark hat dem Putzsch mit liebevoller Duldsamkeit zugehört, der christlichsozialen Landeshauptmann Dr. Kintelen hat die Putzschisten beraten und gefördert. Nicht auf ihn, sondern auf die Regierung in Wien war das Aufgebot des Bundesheeres zurückzuführen, das durch Grazer Sabotage auch noch stundenlang verzögert wurde.

Der Grazer Staatsanwalt hat es an Energie in der Vertretung der Anklage nicht fehlen lassen. Gegen die Heimwehfreundlichkeit der Geschworenen war er machtlos. Dieses Urteil muß als Billigung des Putzsches zu seiner Wiederholung, womöglich in größerem Maßstab, ermuntern. Gegen ein Schwurgerichtsurteil steht der Anklagebehörde nur das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde an den Obersten Gerichtshof zur Verfügung, die aber nur auf Formfehler des Gerichts oder auf unrichtige Gesetzesanwendung gestützt werden kann. Diejenigen, die Deutschösterreich als demokratische Republik aufrecht erhalten wollen, die nicht das Land dem Bürgerkrieg und vielleicht auch ausländischer Einnischung ausliefern wollen, werden nun wohl ohne Aufschub mit sich zu Räte gehen müssen, ob nicht eine Sondergesetzgebung gegen Putzschisten am Platze ist.

„Nationale Partei“ in England

London, 21. Dez. (Grunddienst.) Ein heißes Sonntagsblatt meldet, daß Macdonald die Absicht hat, eine neue Partei mit dem Namen „Nationale Partei“ zu bilden. Baldwin, der Führer der Konservativen und die Liberalen Herbert Samuel und John Simon sollen angeblich die Absicht haben, sich dieser neuen Partei anzuschließen. Der Zweck der neuen Gruppe soll ausschließlich sein, eine aus den bisherigen drei Parteien sich rekrutierende geschlossene Abwehrfront gegen die nicht sehr große aber einflußreiche Gruppe der konservativen Hochschutzöchner zu bilden.

Die Baseler Sonderauschusstagung

Basel, 20. Dez. Die Beratungen des Sonderauschusses über den Schlußbericht wurden in vertraulichen Besprechungen fortgesetzt. Es scheint, daß noch keine Fortschritte zu verzeichnen sind, wie überhaup die zweite Verhandlungswoche mit dem allgemeinen Einbruch schließt, das es dem Ausschuss außerordentlich schwer fällt, die praktischen Folgerungen aus seiner gründlichen und überzeugenden Untersuchung der deutschen Wirtschaft und Finanzlage zu ziehen. Einzelne Mitglieder scheinen stark durch politische Rücksichten gebremst zu sein.

Sozialer Landesverrat

In Basel haben die Franzosen bei den für die Reparationsfrage bedeutsamen Vorverhandlungen Beschwerde geführt über den „Luxus der deutschen Sozialversicherung“. Sie betonten, die Leistungen der deutschen Sozialversicherung lägen heute weit über dem Stand von 1925; auch vertrieben sie auf Krankenkassenbauten und ähnliche angebliche „Luxus“-Beweise. Der deutsche Vertreter stellte die Irrtümer dieser Beschwerde sofort richtig. Er machte vor allem darauf aufmerksam, daß die Sozialversicherungsausgaben bereits wieder auf das Niveau von 1925 zurückgegangen seien.

Da haben wir die Behauptung, Jahrelang wurde in Deutschland von der reaktionären Unternehmerrpresse gegen die Sozialversicherung geheut. Jetzt muß sich die Unternehmerrpresse selbst gegen das Gerücht der Reparationsgläubiger, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt, zur Wehr setzen. Die Hege gegen die Sozialversicherung grenzte längst an Landesverrat. Vom sozialen Lande verwirrt wissen natürlich die Herrschaften nichts, die bei jeder Gelegenheit das Wort Landesverrat im Munde führen. Sie schreiben nur über Verrat Deutschlands, wenn Hitlers Militärspielerien, die in Wirklichkeit nur Vorbereitungen zum Bürgerkrieg sind, angeprangert werden.

Gehaltskandal beim Rundfunk

Höchste Gehälter — höchste Rückfälle — So ist es beim deutschen Rundfunk

Deutschland steht nicht nur mit den Rundfunkgebühren, sondern auch mit den Gehältern seiner höchsten Rundfunkbeamten an der Spitze aller Länder. Die öffentliche Kritik und die Notverordnung der Reichsregierung haben erreicht, daß die Gehälter am 1. Dezember wesentlich herabgesetzt wurden. Sie bleiben aber immerhin noch außerordentlich hoch, wie aus der folgenden Uebersicht hervorgeht, die wir der Berliner Zeitung „Die Welt“ am Montag entnehmen.

Die Herren Bredow, Magnus und Giesecke von der Reichsrundfunkgesellschaft erhalten je 33.981 Mark Gehalt. Dazu kommen bei Bredow 8000, bei Magnus und Giesecke je 2000 Mark Gewinnbeteiligung. Die Herren Knöpfke und Fleisch von der Berliner Funkstunde, sowie Herr Hardt vom Westdeutschen Rundfunk erhalten ebenfalls je 33.981 Mark Gehalt, allerdings ohne Gewinnbeteiligung.

Die Gehälter bei den leitenden Herren der übrigen Sendegesellschaften betragen: Wodenstedt (Hamburg) 32.154 Mark, Schubert (Deutsche Welle) 29.022 Mark, Kohl und Reuber (Leipzig) je 27.978 Mark, Braun, Bronsgeest (Berlin), Schuler (Frankfurt) und Stapelfeld (Hamburg) je 27.005 Mark, Ranner (Reichsrundfunk), Korte (Köln), Christen (Deutsche Welle) je 26.005 Mark. (Als 1. Januar 1932 werden diese Gehälter um weitere 9 Prozent gekürzt.)

Von diesen 17 Herren erhalten demnach die ersten 7 höhere Gehälter als die Minister des Reiches, 10 höhere Gehälter als die Staatssekretäre. Da die Notverordnung zwingend vorschreibt, daß keine höheren Gehälter bezahlt werden dürfen als die der Reichsminister, so ist die Genehmigung dieser Bezüge durch den Reichspostminister bzw. durch den Reichsfinanzminister nicht zu verantworten. Auch wenn die Leistungen der leitenden Persönlichkeiten des Rundfunks noch so hoch eingeschätzt werden, so wird man demnach verlangen müssen, daß bei ihrer Befolgung die Grundätze, die für die öffentlich-rechtlichen Körperlichkeiten gelten, ohne persönliche Rücksichten durchzuführen werden.

Der Berliner Börsenvorstand hat neue Bestimmungen über die Bewicklung der Börsengeschäfte, und zwar erstens über die Prolongation von Termingeschäften und Börsengelddarlehen und zweitens über die Zwangsregelung von Termingeschäften und Börsengelddarlehen erlassen.

Schofelstes Renegatentum

Der ehemalige Pfarrer Eckert demaskiert sich

Auf die ruhige und sachlich gehaltene Darstellung, die dieser Tage Genosse Direktor Dietrich (Mannheim) zum „Fall Eckert“ in der Parteipresse gegeben hat, äußerte sich in der Freitagsgabe der kommunistischen sogenannten Arbeiterzeitung Herr Eckert. Dabei reißt sich dieser Mann die Maske selbst vom Gesicht, so daß der hemmungslose Demagoge und der schofelste Renegat für jeden Menschen nunmehr klar zu erkennen ist. Seinem in der Bewegung der religiösen Sozialisten besten und intimsten Freunde, dem Genossen Dr. Dietrich, wird vorgeworfen, er habe vom Marxismus keine Ahnung, genau wie es die kommunistischen Klätter in allen Versammlungen gegen alle Sozialdemokraten tun. Dann wird Genosse Dietrich höhnisch als „Kapitän“ der Religiösen Sozialisten angeredet und dann heißt es:

„Die neuen „Steuerleute“ werden die kommunistischen Reste des Schiffes in der jankten Blaute sozialdemokratischer Linientreue und kirchlicher Kompromisse auf den Schlamm einer kleinbürgerlichen Seite setzen und dem Bund ein unruhmlisches Ende bereiten.“

Weiter wird dem Genossen Dietrich vorgeworfen, er habe Eckert „verraten“ und sein Artikel zeuge von „Unverfrorenheit“. Eckert gibt dann eine Darstellung der Vorgänge um die Zeit seines Ausschlusses aus der SPD, und der Maßnahmen, die seitens der Leitung des Bundes der Religiösen Sozialisten getroffen worden sind, als Eckert zur SPD übertrat. Wir geben die sachliche Antwort des Genossen Dietrich auf die Eckertsche Darstellung weiter unten. Kathetisch ruft Eckert aus: „Und das waren meine Freunde?“ Weiter wirft Eckert dem Genossen Dietrich und wohl auch der ganzen Führung des Bundes „hinterlistige und unehrliche Art“ vor, um dann den Religiösen Sozialisten zuzurufen:

„Der Bund der Religiösen Sozialisten muß liquidiert werden, Genossen! Macht jetzt Schluss!“

Und dann wörtlich:

„Wollt ihr erst, daß sich der Bund unter dem neuen Kapitän unsterblich blamiert als eine kleinbürgerlich orientierte, sozialistisch firmierte, kirchensabne Sekte? Wollt ihr, daß der Bund sich bei den nächsten Kirchenvahlen, selbst auf den Rücken der SPD, bis auf die Knochen blamiert, dann macht ruhig weiter.“

Wollt ihr das aber nicht, dann geht ihr mit uns — dann laßt ihr die bürgerlichen Kirchenschriften unter sich. Laßt die Toten ihre tote Kirche begraben. Wir wollen ein neues Leben bauen, die neue sozialistische Gesellschaft.“

Vor wenigen Monaten noch stand Eckert auf der Rednertribüne zur Werbung für den Bund — heute: Nieder mit dem Bund! Heil Moskau! Vor einer Anzahl Monaten ließen die Mitglieder des Bundes treppauf, treppab, um Unterchriften zu sammeln für den Kampf Eckerts gegen die erzkonservative evangelische Kirchenbehörde. Nicht aus Liebe zu Eckert, sondern um der Sache willen unterstützte auch die Presse der SPD, den Kampf gegen die Kirchenbehörde. Heute schmätzt in Wort und Schrift derselbe Eckert die Kampfgesellen von vorgestern, wie der nächste beste erbärmliche Agitator von Moskaus Gnaden. Aus Privatgesprächen und Privatbriefen seines bisher besten Freundes, der bis auf die letzte Minute für Eckert sich selbstlos eingesetzt hat, veröffentlicht Eckert das, was ihm in den Kram paßt und das, von dem er glaubt, er könne seinen Freund bei den Sozialisten diskreditieren.

Das ist der Eckert, wie er, um das ganz offen heraus zu sagen, schon seit Jahr und Tag in den führenden Kreisen der Partei, besonders aber in Mannheim eingeschätzt worden ist. Und vom letzten Offenburger Parteitag sind diese Aussagen nach Hause gefahren mit dem denkbar schiefen Eindrücke über den Charakter dieses Mannes. Und wie manche seiner bisherigen engeren Freunde sahen auch wir schon seit längerer Zeit die Stunde kommen, wo Eckert auf unruhmlische Art aus der sozialistischen Bewegung wird ausscheiden müssen, wie es dann auch eingetreten ist.

Was aber ganz besonders schlimm ist und aufs tiefste erbittern muß, ist folgendes: Eckert demaskiert sich jetzt vor aller Öffentlichkeit als ein Renegat von nicht gewöhnlicher und politischer Charakterlosigkeit. Er hat durch seine neuesten Handlungen so ziemlich alles dazu beigetragen, was er beitragen konnte, um den letzten Spruch des Dienstgerichts im Urteil der bürgerlichen Welt zu rechtfertigen. Wie ja der politische Radikalismus noch stets der Steigbügelhalter und Zutreiber für die Reaktion war, so hat Eckert durch sein Verhalten die Position des Oberkirchenrats enorm erleichtert und der kirchlichen Reaktion Wasser auf die Mühlen geleitet. Und für diesen Mann haben sich Tausende eingeschlagen! Genosse Harpuder, Chefredakteur der Mannheimer Volksstimme, hat schon recht, wenn er schreibt:

„Eckerts Handlungsweise weist alle typischen Merkmale eines unschuldigen abgetriebenen Renegatentums auf: die Unrechtfertigkeit, die Maßlosigkeit, den infernalischen Haß, aber zugleich auch die ohnmächtige Wut aller Abstrümpften, die in ihrer Selbstvernichtung das Gefühl für ihre eigenen engen Grenzen nicht mehr kennen. Dies auch an Eckert erleben zu müssen, ist traurig, aber auch absehbar.“

Dr. Dietrichs Antwort an Eckert

In der Samstagsgabe der Mannheimer Volksstimme antwortet der Führer der Religiösen Sozialisten, Genosse Dr. Dietrich, u. a. dem Renegaten Eckert wie folgt:

„Warum wüten Sie in Ihrer Antwort denn so gegen die SPD? Immer, wenn Sie meinen Namen nennen, schreiben Sie dazu, daß ich SPD-Mitglied bin. Sie glauben, daß wir in der jankten Blaute sozialdemokratischer Linientreue dem Bund ein unruhmlisches Ende bereiten. Ja, Sie meinen, daß wir „den Bund zu einer harmlosen SPD-Filiale mit reaktionärer Verbrämung machen“. Oder Sie freieren sich so weit in Ihre Behauptungen hinein, daß Sie ausrufen: „Die SPD, hätte mit den Augenbrauen gezuckt und die Stirne gerunzelt und Dietrich scheute nicht einmal vor der Unwahrheit zurück.“ Herr Eckert, wir wollen die SPD, aus dem Spiele lassen. Ich kann doch im Ernst nicht annehmen, daß Sie diese Dinge glauben. Sie wissen doch, daß ich mich am Partelleben aus Zeitmangel kaum beteilige und daß ich jede Einmischung einer politischen Partei in unseren Bund unterbinden würde. Sie wissen aber doch auch, daß die SPD-Verwaltung noch niemals einen Versuch gemacht hat, auf unseren Bund Einfluß zu gewinnen. Und wenn einmal die tiefste SPD-Presse sich mit uns beschäftigt hat, doch nur in dem Sinne, daß sie in höchstem dienstlichen Verfahren aus als

treuer Kämpfer zur Seite trat. Wollen wir deshalb nicht lieber anhören, auf die SPD, zu schimpfen? ...

Als Eckert aus der SPD, ausgeschlossen wurde, schrieb die Volksstimme: „Eckert wird wohl selbst wissen, daß seine Trennung von der SPD, auch eine Trennung von den religiösen Sozialisten bedeutet.“ Dilem! Sie hat Eckert die Bemerkung bei: „Meine nächsten Freunde verlasten mich also für ein Verräter an die SPD.“ Eckert weiß, daß wir Religiösen Sozialisten seinen Ausschluss aus der SPD, durch die Presse erfahren haben. Ferner weiß er, daß wir auf die Schriftleitung der Volksstimme gar keinen Einfluß haben. Trotzdem belästet er seine Freunde, ohne den geringsten Beweis mit dem Vorwurf, daß man ihn „verrauscht“ hätte.

Von dem jetzigen Schriftleiter des Religiösen Sozialisten, Max Schenk in Stuttgart, schreibt Eckert, er sei „eher demokratischer Sozialreformer, Seelensund- und Bodenreformredner als Sozialist“. Das sollen Vorwürfe sein. Vielleicht verteidigt sich Eckert einmal in ein solches Problem, dann werden solche Vorwürfe Ehrennamen. Eckert vergißt beizufügen, daß Schenk auf Eckerts Vorschlag zu seinem Vertreter angenommen wurde.

Eckerts Uebertritt zur SPD, entfaltete einen wahren Enttäuschungssturm unter der Mehrzahl unserer Mitglieder. Sie verlangten, daß Eckert sofort seine Aemter niederlege. Sowohl der Verlags- wie der Landesvorstand haben diesem Verlangen nicht nach. Es wurden vielmehr Hunderte von Rundschreiben an alle Vertrauensleute geschickt, die den Sachverhalt, daß der Bund auch bei den Protestantinnen außerhalb der Kirche eine Aufgabe habe. „Aus diesem Grunde haben wir Eckert auch nicht seiner Aemter entkleidet. Sie rufen aber, zunächst so lange er in Rußland ist.“ Eckert weiß ganz genau, daß nur der Landesvorstand über die Schriftleitung unseres Blattes verfügt und daß bis auf den heutigen Tag der Verlags- wie der Landesvorstand noch nicht entschieden hat. Aber Eckert erhebt den Vorwurf der Unwahrheit. Da er tatsächlichen Beweismittel unzugänglich ist, darf er sich nicht wundern, wenn seine moralischen Bewertungen von niemand ernst genommen werden.

Die aufmunternden Mitglieder wurden bekümmert und auf die Entfernung des „Kommunisten“ Eckert vorbereitet durch neue Unwahrheiten. Ich soll einen Artikel verfaßt haben, von dem auch Dietrich in der Volksstimme behauptet, daß er die Kirchenaustrittspropaganda der SPD, beizieht. Eine glatte Unwahrheit.“ Herr Eckert, ich zitiere wörtlich, was Sie geschrieben haben: „Kirchenaustrittsbewegung. Kampf der SPD, gegen die Kirche? Jawohl.“ Sie selbst haben diesen Artikel in die Druckerei gegeben, ich habe ihn in letzter Minute zurückhalten können, um dem Dienstgeheimnis die nötige Achtung zu verschaffen. Sie nicht zu leicht zu machen. Herr Eckert, wissen Sie, welche Kraft das kostet, noch sachlich weiterzuschreiben und nicht aus Wuturteilen abzugehen?

Dr. Dietrich hat in einem Brief an einen anderen Führer des Bundes behauptet, er habe mir schon nach Moskau von seiner Ansicht Mitteilung gemacht, daß ich als Schriftleiter des Blattes unruhmlisch sei. Ich stelle fest, daß auch diese Behauptung unruhmlisch ist. Ich habe Eckert einmal nach Rußland geschrieben, und zwar am 16. November 1931. Ich gab ihm ein Stimmungsbild von unserer ganzen Bewegung seit meiner Abreise und fuhr dann fort:

„In Deinem Briefe schreibst Du, daß Du weiterhin Geschäftsführer unseres Bundes bleiben willst. Nicht, weil Du Kommunist bist, sondern weil das nicht mehr sein, sondern weil Du nicht mehr auf unserem programmatischen Boden bleibst.“ Eckert war Geschäftsführer und Schriftleiter in einer Person. Jeder Mann weiß, daß über einer Geschäftsführer als Schriftleiter eines Blattes sein kann, wenn er nicht mehr das Programm einer Bewegung teilt. Bei der programmatischen Einstellung Eckerts nicht, das eine das andere nicht. Warum gleich so schweres Geschick und immer von Unwahrheiten reden? ...

Jetzt ärgert Eckert aus einem persönlichen Brief, in dem ich die Meinung anderer unserer Freunde mit meiner vereinte und Eckert einen Weg wies, wie er ohne so viel Ansehen und in würdiger Form von seinem Postamt hätte scheiden können. Bis jetzt hat jede Pressepolizei vor Privatbriefen halt gemacht. Ich nehme an, daß Eckert in Zukunft nicht mehr aus Privatbriefen schöpfen wird. Aber Herr Eckert, nicht viel etwas zu befürchten wäre, sondern weil in der heftigsten Pressepolizei immer noch die Achtung vor dem privaten Denken und Fühlen des Geigners bestehen muß.

Wenn bisher die Mitglieder des Bundes noch nicht alle mit mir gingen, dann deshalb, weil die hinterhältige und unehrliche Art, wie man ihnen die Wahrheit verschleierte, ein falsches Bild gab von der Zukunft des Bundes und von meinem Willen.“ Natürlich hat niemand den Mitgliedern etwas verheimlicht, aber hier kann Eckert zum erstenmal zeigen, was hinter ihm steht, wenn er zum Austritt aus der Kirche aufruft. Die Behauptung halte ich allerdings aufrecht, daß die Zahl der Kommunisten klein ist, die den Kirchenaustritt vollzieht.

Damit habe ich alle Einwände in sachlicher Weise zu widerlegen versucht. Soll ich etwas sagen über den Schluss, wo er von „den Rücken der SPD“ weicht auf die SPD-Bürokratie? Führen will, oder davon, daß der Bund der religiösen Sozialisten liquidiert werden muß? Nein, Herr Eckert, noch vor wenigen Monaten fanden Sie als besessener Redner in den SPD-Versammlungen, noch vor wenigen Monaten haben Ihre Freunde Sie aus dem dienstlichen Verfahren herausgehauen; noch vor kurzer Zeit sprachen Sie von der Notwendigkeit des Bundes der religiösen Sozialisten! Und heute ist alles Dreißig! ...

Ein Arbeiter häupt Eckert

Wir brachten kürzlich, aus der Mannheimer Volksstimme nachgedruckt, die Schilderung eines Arbeiters über seine Eindrücke in Sowjet-Rußland. Genosse Erny, der fünf Monate als Schlosser in Rußland bis vor wenigen Wochen gearbeitet hat, hatte in anerkannter Sachlichkeit dargelegt, was er in Rußland gesehen und empfunden hat. Die schlichte Sachlichkeit verbürgte auch die Wahrheit der Schilderung. Diese Schilderung mußte den Kommunisten schwer auf die Nerven fallen — das ist auch geschehen. Sofort wurde Eckert von den Kommunisten mobil gemacht, um gegen den Arbeiter loszugehen. Wenn Moskau befehligt, muß ein Kojimewirevolutionär blindlings folgen. Mit vereinten Kräften gingen Eckert und die Arbeiterzeitung gegen den Genossen Erny vor. Sie sind aber an den Unrechten geraten. Genosse Erny hat fünf Monate inmitten der russischen Arbeiter gelebt und mit ihnen tagsüber im Betrieb gestanden, Herr Eckert hat dagegen fünf Wochen eine Spazierfahrt durch Sowjet-Rußland gemacht. Wer verdient da Glauben? Der Vergnügungstreibende oder der proletarier, der wirklich die Tatsachen gesehen hat?

Genosse Erny antwortet Eckert und der Arbeiterzeitung in der Volksstimme wie folgt:

„Unser früherer Parteigenosse Eckert hat, von der Arbeiterzeitung sekundiert, den traurigen Mut aufgebracht, unehrliche Verdächtigungen gegen meine in der Volksstimme veröffentlichten „Eindrücke und Eindrücke in Sowjetrußland“ auszusprechen.“

Ich stelle hiermit fest:

1. Es gibt in meinem Aufsatz keinen Satz, in dem von irgend einem unvoreingenommenen Leser der mit von der Arbeiterzeitung vorgeworfene „antibolschewistische und heberische“ Einschlag geahndet werden kann.

2. Es ist eine bewußte Lüge, daß ich irgendwann und in irgend einer Form den Satz geäußert habe, als ob „die Arbeiter in der Sowjet-Union auf alle Fälle besser essen, als der Durchschnitt der Arbeiter bei uns und sicher besser als die fünf Millionen Arbeiter in Deutschland.“

Die Arbeiterzeitung erklärt, daß ihr dieser Satz von Eckert mitgeteilt wurde, als ob ich ihn einmal niedergeschrieben hätte. Entweder beruft sich die Arbeiterzeitung dabei auf Eckert als einen falschen Zeugen, oder hat Eckert der Arbeiterzeitung eine bewußte Unwahrheit mitgeteilt.

3. Ich verlange von der Arbeiterzeitung, daß sie ihre obige Behauptung „belegt“, und daß ihr das nie gelingen kann, ist sie damit der Lüge überführt.

4. Die Bedeutung Eckerts darüber, daß ich meinen Aufsatz nicht mehr erkannt habe, als er in der Volksstimme erschien“, ist eines ekelhaften Gegners der Sozialdemokratie unwürdig. Oder beginnt vielleicht Eckert uns „sozialdemokratische Arbeiter“ mit kommunistischem Wahlab auf zu messen und uns die kommunistische Nachgiebigkeit gegenüber den Parteinstanzen auszusprechen?

5. Nun, dann irrt er sich eben. Eckert soll sich schämen, solche Entwürfe gegen das in Rußland von einem sozialdemokratischen Arbeiter Gelebte und Erlebte zu bringen.

Bei der Darstellung des heutigen Rußland müssen persönliche Gefühle und parteidemagogische Absichten hinter der Wahrheit zurücktreten. Das ist eine Lehre für die Arbeiterzeitung und für Eckert, die sie sich merken sollten.

6. In dem Vermählungsbericht der Arbeiterzeitung über die Eckert-Versammlung im Rosengarten wird im Gegensatz zu Eckerts Ausführungen in seinem Satz auf die Schwierigkeiten in Rußland eingegangen.

7. Ich habe vom 2. bis 6. November in Moskau vergeblich versucht, Eckert oder seinen Schlichter zu treffen. Schlichter hatte meine Privatadresse in Moskau, dort wäre Gelegenheit gewesen, meine Ansicht an Ort und Stelle zu hören. Ich das die Bewegungsfreiheit der deutschen Delegationen in Rußland?

8. Ich habe mich nicht gedreht — die Volksstimme hat nicht gefälligst.

9. Wer hat nun die Wahrheit verschwiegen? Mannheim, 17. Dezember 1931. S. Erny.“

Eckert sprengt Sitzungen der Religiösen Sozialisten

Wenn wirklich noch etwas gefehlt hätte, um das Charakterbild Eckerts genau zu zeichnen, dann diese Mitteilung in der Samstagsgabe der Mannheimer Volksstimme:

Anhänger von Eckert verließen unter dessen Führung den Bund der religiösen Sozialisten, Ortsgruppe Mannheim, zu freier Tage. Am letzten Mittwoch hatte der Vorsitzende der Ortsgruppe Eckert den erweiterten Vorstand in einer Sitzung eingeladen. Eckert seinen Austritt aus dem Bund veranlaßt, schriftlich und öffentlich erklärt hatte, kam er ohne Einladung in die Vorstandssitzung, die so abgebrochen wurde.

Gestern Abend haben Anhänger Eckerts unter seiner Führung eine Mitgliederversammlung einberufen, wozu aber nur die höheren Anhänger Eckerts eingeladen waren. Die Behauptung dieser Anhänger, daß die Ortsgruppe hier in Mannheim aufgelöst sei, ist ein alter Schwindel. Die Anhänger Eckerts haben sich durch dieses Vorgehen aus dem Bund ausgeschlossen. Weiter in der Zeitung des Bundes hier, noch in seinem Arbeitskreis tritt eine Veränderung ein.

Der Vorsitzende der Mannheimer Ortsgruppe.

Gewerkschaftliches

Ausfall der Betriebsrätewahlen 1932

Verlängerung der Mandatsdauer um ein Jahr

WV, teilt mit: Auf Grund der letzten Notverordnung hat die Reichsregierung eine Verordnung über den Ausfall der Betriebsrätewahlen im Jahre 1932 vom 14. Dezember 1931 erlassen. Danach wird die Amtsdauer aller Mitglieder von Betriebsräten und aller Betriebsobmänner, die durch Ablauf der Wahlzeit im Kalenderjahr 1932 enden würden, um ein Jahr verlängert. Neuwahlen können also nur stattfinden, soweit die Wahlzeit der bestehenden Betriebsräte vor dem 1. Januar 1932 abläuft, oder soweit aus anderen Gründen das Amt der Betriebsräte erlischt. Die Verordnung findet keine Anwendung, wenn die Wahl vor dem 9. Dezember 1931 eingeleitet und vor dem 1. Januar 1932 durchgeführt ist.

Berlin. Eine für den neuen Lohnabbau beachtenswerte Entscheidung fällt am Donnerstag der Schlichter in den Lohnverhandlungen für die Berliner Wein- und Vorfabrikanten. Nach der Lohnverordnung tritt bei Löhnen und Gehaltsfragen, die seit dem 1. Juli 1931 nicht tarifvertraglich herabgesetzt wurden, anstelle des Salbes von 10 Prozent der Lohn von 15 Prozent. Letzteres wird nach dem 1. Juli wirksam geworden ist, so ist nach der Auffassung des Schlichters nicht das Datum der Vereinbarung, sondern der effektive Beginn der Lohnkürzung maßgebend. Es kann also in diesem Falle eine Kürzung um 15 Prozent nicht erfolgen.

Bestellung zum stellvertretenden Schlichter für den Bezirk Südwestdeutschland. Der Reichsarbeitsminister hat den Vorsitzenden des Schlichter Ausschusses Stuttgart, Landgerichtsrat Röpke, zum stellvertretenden Schlichter für den Bezirk Südwestdeutschland bis auf weiteres bestellt.

Entscheidung des Schlichters über die Angestelltengehälter in der nordwestlichen Gruppe. Für die Angestellten der nordwestlichen Gruppen hat der Schlichter die Gehälter mit Wirkung ab 1. Januar 1932 wie folgt festgelegt: An Stelle der bisherigen Mindesteinkommen treten die Mindesteinkommen vom 10. Januar 1927. In keinem Falle aber darf mehr als 10 Prozent von den bestehenden Gehältern abgezogen werden.

Kommunistische Verleumdung

In Deutschland Hunger und Not - In Sowjetrußland Arbeit und Brot

Unter dieser Devise verbreitet die KPD in den Karlsruher Betrieben ein Flugblatt, in dem ein Brief unseres Kollegen Schulenburg veröffentlicht wird, der dem Metallindustriellenverband den Vorwurf unterbreitet, den verblödeten Schiedsgericht für die Metallindustrie nicht ab 10. November 1931 sondern erst nach dem 15. November in Kraft zu setzen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß wir in der Urlaubsfrage ebenfalls entgegengekommen seien. An diese Bemerkung werden eine Reihe einfältige Bemerkungen geknüpft von „Berat an der Arbeiterschaft“ von Deuten à la Schulenburg.

Zunächst hat die KPD, vergessen, in ihrem Flugblatt folgenden Brief zu veröffentlichen, den die Metallindustriellen, nachdem sie unseren Vorwurf abgelehnt hatten, erhielten, und der lautet:

„Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 25. ds. Mts., worin Sie uns mitteilen, daß Sie es ablehnen, den Lohn- und Arbeitsfrage in der Lohnwoche, die nach dem 25. November in Betracht kommen, einzutreten zu lassen.“

Wir nehmen davon Kenntnis und stellen fest, daß Sie es aller Voraussicht nach darauf abgesehen haben, einen Konflikt in der Metallindustrie Mittelbadens heraufzubeschwören. Wir teilen Ihnen gleichseitig mit, daß wir die Verantwortung für Unruhen die in dem einen oder anderen Betrieb bei dem Abzug eintreten können, ablehnen.“

Was nun aber den „Berat des Schulenburg“ in der Urlaubsfrage betrifft, sei nur darauf hingewiesen, daß die Urlaubsvereinbarung für die Zeit vom 1. 7. 31 bis 1. 7. 32 von Schulenburg erst abgeschlossen wurde, nachdem die Vertrauensleute einstimmig unter Einfluß der Kommunisten zugestimmt hatten.

Es ist nun einmal bei uns Gebräuchlich, daß nicht der einzelne Geschäftsführer irgend welchen Lohn- und Rahmevertrag abschließt, sondern die Mitglieder bzw. ihre Vertrauensleute selbst. Bei der KPD hat aber das Mittelbad nichts zu sagen, sondern wird nur als Attrappe benützt; dort wird von der Zentrale befohlen.

Was nun aber die schöne Devise von Deutschlands Hunger und Not Rußlands Wohlergehen betrifft, wundert uns immer eines, daß die Kommunisten nicht nach dem Eldorado Rußland gehen, sondern im Gegenteil, daß diejenigen, die nach dort auswandern, so schnell im Gegenteil, daß diejenigen, die nach dort auswandern, so schnell wie möglich wieder zurückkehren nach dem hungernden Deutschland. Um übrigen wissen die Metallarbeiter am besten, wo ihre Interessen vertreten werden, denn mit einem argeren Maul allein ist der Arbeiterschaft nicht gedient. Wie aber die von ihr so viel verächtliche und propagierte KPD, kämpft haben die Metallarbeiter der „Berat“ in Kaschatt am eigenen Leib erfahren. (Siehe Volksfreund Nr. 270 vom 20. 11. 31).

Metallarbeiter Mittelbadens geht diesen Arbeitersplitterern nicht wie vor den wohlbedienten Fuhrleuten, wenn sie mit ihren ein-

fältigen Phrasen eure Organisation, den Deutschen Metallarbeiterverband verächtlich wölken. Niemand anders als die Metallindustriellen Mittelbadens haben den Nutzen davon. Deshalb werden diese Elemente neben den Nazis von den Unternehmern recht gerne geduldet.

Diese Arbeitersplitterer werden von jedem ehrlichen Arbeiter und Arbeiterin nur mit Verachtung gestraft.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Karlsruhe.

In 9 Monaten 30 Prozent Lohnraub bei der Firma Junker & Kuh

So lautet die Ueberschrift eines Vagenartikels des Mannheimer Revolverblattes genannt „Arbeiterzeitung“. In dem Artikel wird dem „Arbeitervertreter“ und „Reformist“ Deißler der Vorwurf gemacht, daß er der Direktion von Junker u. Kuh das Versprechen gegeben hat, er werde schon dafür sorgen, daß die Arbeiter mit dem Lohnraub einverstanden seien. In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, daß italienische Kapitalisten den Betrieb besichtigt hätten und dort sei man einig geworden, daß, wenn die Belegschaft sich 5 Prozent Abzug gefallen lasse, ein größerer Aufschlag hierauf komme.

Na, ja, daß italienische Kapitalisten deutsche besuchen, ist nichts Abnormales. Es ist schließlich verständlicher, als wenn russische Sowjetdelegierte Mussolini und den italienischen König besuchen, bei diesen zu opulenten Festmahlen geladen werden und dort sich bei Schlemmereien gegenseitig anpöbeln und ihre Freundschaft sich gegenseitig versichern. Aus „Prinzip“ vergessen die kommunistischen Blätter immer, dies ihren Lesern mitzuteilen. Vielleicht ist das ein Grund mit, daß KPD-Leute und Kommunisten statt der Arbeiterschaft die „Bolsche Presse“, das Nagelzettelblatt für den Führer, lesen. Aus diesen Gründen haben sie aber auch nicht erfahren, daß unter Kollase Deißler Klage gegen die Arbeiterzeitung erhoben hat, um dem Vagenblättern die Gelegenheit zu geben für seine Verächtlichkeiten den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

Als nun der Strikfbär der A. J. Lunte bekam, daß er vor den Kabi käme, bekam er die Hosen voll und betannte in der A. J. vom 5. 12. daß er sich geirrt habe, als er schrieb, daß Deißler der Direktion versprochen habe, er werde dafür sorgen, daß der Abzug von der Arbeiterschaft den italienischen Aufschlag anerkannt werde, denn Deißler sei damals gar nicht hier gewesen, als diese Verhandlungen gepflogen wurden. Was soll man denn über solche Zäherlinge sagen? Erst schimpfen und verleumben und dann — elend zu Kreuze kriechen. So sind diese rrrrevolutionäre Maulhelden.

Die freigewerkschaftlichen Funktionäre der Firma Junker u. Kuh,

Aus aller Welt

Schwerer Schiffszusammenstoß auf der Unterelbe

Hamburg, 20. Dez. In der letzten Nacht sind in der Nähe von Bramsche bei 5400 Bruttoregistertonnen große holländische Dampfer „Alfontein“ und der etwa 1000 Bruttoregistertonnen große deutsche Dampfer „Gütebor“, die sich beide auf der Kusel von Hamburg befanden, zusammengefahren. Beide Schiffe wurden so schwer beschädigt, daß sie die Reise aufgeben und mit Schlepperhilfe in den Hamburger Hafen zurückgebracht werden mußten. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Im Streit erschossen

Frankfurt a. M., 20. Dez. In einem Kaffeehaus entstand heute früh ein Streit zwischen dem Kellner und drei Gästen, die ihre Beche nicht bezahlen wollten. Im Verlauf des Streites zog einer der Gäste eine Pistole und schob blindlings um sich. Ein Wirtsbauer Mann erhielt einen Herzschuß und brach tot zusammen. Der Kellner bekam einen lebensgefährlichen Lungenchuss. Ein Gast wurde leicht verletzt. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Schwerer Raubüberfall

NRN. Bieren, 21. Dez. Am Samstagabend wurde die Filialleiterin eines Konsumvereins von einem Mann überfallen und ihrer Aktentasche beraubt. Zwei Passanten, die den flüchtenden Räuber verfolgten, wurden von diesem durch mehrere Schüsse schwer verletzt. Einer der Verletzten ist im Laufe des Sonntags im Krankenhaus gestorben. Der Räuber wurde festgenommen.

Ein amerikanischer Dampfer ausgebrannt

NRN. Newport-News (Virginia), 20. Dez. Der im Bau befindliche, nahezu vollendete Dampfer „Scovia“ brannte in der Werft vollständig aus. Das Schiff, das im Auftrag der United States Mail Steamship Co. gebaut wurde, hatte einen Wert von 3 1/2 Millionen Dollar.

Ein Weinhorn notgelandet

Baher (Hessen), 19. Dez. Ein Weinhorn ist nach zehnjähriger anstrengender Reise über Land gestern hier eingetroffen. Sie hatte am Donnerstag wegen eines Defektes der Delleitung eine Notlandung bei Bam vornehmen müssen.

Wilhelm II. als Filmstar

In Doorn wurde von der Fox Film Corporation ein Film gedreht, der das Privatleben des Kaisers Wilhelm und der Kaiserin Hermine darstellt. Wilhelm hat bestimmt, daß der Film in der ganzen Welt, aber nicht in Deutschland, gezeigt werden darf.

Bierpennistküde

Der Reichsrat genehmigt die Ausprägung von hundert Bierpennistücken im Reichsgebiet von zwei Millionen Reichsmark. Gegen die Währung der Reichsregierung, allmählich sämtliche Bierpennistücke aus dem Verkehr zu ziehen und durch Bierpennistücke zu ersetzen, wurden vom Reichsrat Beschlüsse gefaßt. Diese Frage wird vom Reichsrat noch weiter behandelt werden.

Tschiangkaijetschks Wiederwahl gesichert

Schanghai, 20. Dez. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist die Wiederwahl Tschiangkaijetschks zum Vorsitzenden der Nationalregierung durch die Vollversammlung des Zentralvollstausauschusses der Kuomintang wahrscheinlich.

Die australischen Wahlen

NRN. Sidney, 20. Dez. Nach dem vorläufigen Endergebnis der australischen Wahlen erhielten: Nationalisten 37, Bauernpartei 14, Arbeiterpartei 10, Arbeiterpartei Gruppe Lang 7, Unabhängige 1. Da die Bauernpartei im allgemeinen mit den Nationalisten stimmt, wird das Kabinett Scullins gezwungen sein, vor einem nationalistischen Kabinett mit Lyons an der Spitze den Platz zu räumen.

Partei-Nachrichten

Valentin Koffler †

Dummersheim. Unerwartet trifft uns die Kunde von dem Ableben unseres Genossen Valentin Koffler im besten Mannesalter von nahezu 65 Jahren. Genosse Koffler gehörte seit 1. Mai 1910 ununterbrochen der Partei an und immer, wenn er gerufen wurde, um für die Ideale unserer Partei zu werben, war er auf seinem Posten. Auch in der Arbeiterportbewegung war er ein unbekannter. Als Vorsitzender des Arbeiterangehörigen Vorwärts war er tätig. In seinem Arbeitsfeld behielt er ebenfalls das Vertrauen seiner Mitarbeiter als langjähriger Betriebsratsobmann der Firma Moer u. Comp. Vor einigen Wochen erhoffte er durch Operation Heilung von einem lästlichen Magenleiden. Leider aber hat ihn der unerbittliche Tod dahingerafft. Der schwergekränkelten Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu. Die Beerdigung findet am Dienstag, 22. Dezember, nachmittags 4 Uhr, statt. Die Parteigenossen werden um zahlreiche Beteiligung gebeten. Treffpunkt halb 4 Uhr im Gasthaus zum „Sitz“.

Hermann Beims †

Magdeburg, 21. Dez. (Sunddienst). Der frühere Oberbürgermeister von Magdeburg und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Beims, der vor wenigen Tagen während eines Spaziergangs Stürze und eine Darmzerreißung erlitt, ist am Sonntag morgen im Alter von 68 Jahren den schweren inneren Verletzungen erlegen. In seiner Zeit nach dem Unfall vorgenommene Operation gelang zwar, doch stellte sich bei dem Patienten bald eine Lungenembolie ein.

Beims, der nicht nur dem Reichstag, sondern auch dem preussischen Staatsrat angehörte und Mitglied des preussischen und deutschen Städtetages war, war von Haus aus Tischler. 1905 wurde er in Magdeburg Stadterordneter, 1907 unbesoldeter Stadtrat und 1919 Oberbürgermeister von Magdeburg. Dieses Amt hat er 12 Jahre verwaltet. Am 15. Mai 1931 trat der frühere Berliner Stadtrat Beims an seine Stelle. Magdeburg hat immer mit Stolz auf die Tätigkeit seines Oberbürgermeisters Beims gehlickt. Außer der Sozialdemokratie werden ihm deshalb insbesondere auch die Magdeburger Arbeiter, Angehörigen und Beamten ein ehrendes Andenken bewahren.

Aus der Stadt Durlach

Lodesfall. Nach schwerem Leiden ist Stadtratsrat Sebenfreit, 54 Jahre alt, in Heilbronn gestorben.

Der Levita-Prozess

Das Urteil - Levita 1 Jahr 6 Monate Gefängnis - Pfeiffer 2 Monate Gefängnis

Im Karlsruhe, 19. Dez. Im Prozeß Levita wurde heute mit dem Urteil gesprochen. Der Angeklagte Harry Sallis Levita aus Pfaffenbeeren wurde unter Freisprechung von der Anklage wegen Erpressungsversuchs

wegen mehrfacher Erpressung zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die erkannte Strafe wird die seit 6. Mai d. J. dauernde Unterlassungspflicht angedeutet. Der Mitangeklagte Johann Pfeiffer aus Baden-Baden wurde wegen verurteilter Erpressung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Schriften Steuerfiskus im Reemtsmatsers und des großen WBS, sowie die Manuskripte werden, soweit beschlagnahmt, eingezogen.

Der Vorsitzende, Amtsgerichtsdirektor Strauß, legte in eingehender Begründung dar, daß die eingehende Beweisaufnahme ergeben habe, daß sich Levita der Erpressung schuldig gemacht habe. Es sei nicht richtig, wie dies vom Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frank, behauptet wurde, es müßte hier zwischen einem kleinen oder großen Reemtsma unterscheiden. Die Frage des in Aussicht gestellten Uebels beruhe die Frage des Strafmaßes, aber nicht diejenige des Verschuldens. Der Angeklagte behauptete, er habe die Firma Reemtsma nicht bedrückt und nicht genötigt, die Firma je von vornherein entschlossen gewesen, ihm keine Streitschrift abzukaufen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Angeklagte habe zwar in seinem Brief an Schwed vom 28. Mai 1929 aber auch in dem Vorwort seiner Streitschrift zum Ausdruck gebracht, daß er unter keinen Umständen von seinem jetzt beginnenden Kampf zurücktreten werde, daß er der Öffentlichkeit gegenüber die Verhältnisse bei Reemtsma klarlegen werde. Der Angeklagte habe seine Absicht, mit der Schrift Geld zu verdienen, dem Zeugen Reemtsma in indirekter Weise zum Ausdruck gebracht, dadurch, daß er sagte: „Kaufen Sie Schwed das Grundstück ab, dann gehen wir nach Holland“. Der Angeklagte hatte das Bewußtsein und den Willen, auf den Willen des Leiters der Firma Reemtsma einen Druck auszuüben. Die erprete Firma Reemtsma sei erst dann zu einer endgültigen Pingsabe von Geld gezwungen worden, nachdem sie durch den Mitelmann die Bedingungen erfahren habe und auf der anderen Seite den Inhalt der Schrift kannte, dessen Unmöglichkeit in der langen Beweisaufnahme nachgewiesen wurde. Erst dann sei sie zu dem Entschluß gekommen, nachzugeben und zu bezahlen. Richtig seien die Behauptungen nur insoweit, als das verschwendliche Gebahren der Firma Reemtsma erwähnten, wofür aber die Firma Reemtsma nicht verantwortlich gemacht werden kann. Wenn einer solchen Firma derartige Vorwürfe gemacht werden, so ist das die Zerstörung der Vernichtung der Existenz.

Bei der Strafmessung ging das Gericht von folgenden Erwägungen aus: Die Art und Weise, wie der Angeklagte Levita bei seinen Erpressungen vorgegangen ist, ist eine höchst gefährliche und setzt von einer ordinären Gesinnungsweise, von unendlicher Raffinerie und einer schlechten Meinung über dritte Menschen, die man nach seiner Meinung ohne irgendwelche Nachprüfung und Überlegung in ordinärer Weise ausnützen kann. Höchst leichtfertig handelte der Angeklagte auch bezüglich der betroffenen Beamten des Reichsinnenministeriums. Hätte er sich bei den Firmen Reemtsma und Balfiori erkundigt, so hätte er das Unwahre sei-

ner Behauptungen einzelner. Der Inhalt der Pamphlete ist in höchstem Grade bedenklich.

Was den Angeklagten Pfeiffer anlangt, so soll hier festgestellt werden, daß Pfeiffer mit dem verbrecherischen Verhalten Schwed und Levitas an sich nichts zu tun hat, sondern, daß seine Handlungsweise aus anderen Motiven hervorgerufen ist. Es kann gesagt werden, daß er durch die Behauptung und das Ausgeben Levitas, der sein Geschäft wieder in die Höhe hat bringen wollen, in diesem Augenblick wirtschaftlich schwer betroffen war. Es hat deshalb auch der Zeuge Beremann sowohl hinsichtlich seiner persönlichen Ausprache mit Pfeiffer, als auch hinsichtlich des Briefes an Beremann und des Briefes an Feuerburg die Ueberszeugung erlangt, es handele sich nach seiner Auffassung nicht um eine Bedrohung und Erpressung, sondern um einen unüberlegten, auf momentaner Notlage beruhenden Schritt des Angeklagten. Ein Fall belastet den Angeklagten Pfeiffer: Beim Zusammentreffen mit Geldern sprach er von seiner Notlage und sagte: „Treiben Sie mich nicht zur Verzweiflung. Ich habe Material, das noch viel entsetzlicher ist, das sogar der Untersuchungsrichter nicht hat. Wenn Sie mir meine Hilfe antun lassen, muß ich das Material veröffentlichen.“ Daraus spricht die Absicht, sich zu Unrecht von der Firma Reemtsma Geld zu verschaffen. Diese Ueberszeugung des Angeklagten enthält auch die Androhung eines Uebels, nämlich die Veröffentlichung viel schmutzigeren Materials. Durch die Androhung wollte er einen Zwang auf die Willensschwäche des Zeugen Geldern ausüben. Es liegt also verurteilter Erpressung vor. Man hat erwoogen, daß der Angeklagte Pfeiffer die Tat zu einer Zeit begangen hat, in der er in einer verzweifeltsten wirtschaftlichen Lage gewesen ist, daß er nicht vorbestraft ist und daß ihn die ganze übrige Angelegenheit nicht betrifft.

Soziale Rundschau

Erwerbslosenstellungen

Aus allen Teilen des Reiches sind, wie der Reichskommissar für die vorläufige Reinstellung mittel, überaus umfangreiche Erwerbslosenstellungen gemeldet worden. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen zur Befriedigung aller Wünsche nicht aus. Die Stellungen vorhaben sollen daher zunächst auf die Landesstelle beschränkt werden, in denen die Zahl der Erwerbslosen oder die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dies besonders dringlich erscheinen lassen.

Der Reichskommissar betont, daß bereits jetzt eine erhebliche Senkung des Preises der Baustoffe eingetreten sei, so daß zu der vorgesehenen Höchstzahl von 3000 RM, sowohl in Massivbauweise wie in solider Holzkonstruktion ein Gebäude hergestellt und eingerichtet werden könne, das in jeder Weise den Lebensbedürfnissen der Erwerbslosen entspreche. Die Einhaltung der Preisgrenze von 3000 Reichsmark verlange allerdings zweckmäßigste Baugestaltung, größtmögliche Verbilligung der Baustoffe und härteste Bauausführung.

Weihnachtsbackwerk, Hugelbrot, Gugelhupf und Stollen
Wird die fluge Hausfrau stets bei ihrem Bäcker holen



